

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
III	S0123/07	24.05.2007

zum/zur

A0079/07

Bezeichnung

Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark Ostfalen

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	29.05.2007
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	28.06.2007
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	19.07.2007
Verwaltungsausschuss	31.08.2007
Stadtrat	06.09.2007

Grundsätzlich ist die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit sehr im Interesse der Landeshauptstadt Magdeburg. Wenn auf einer ausgewogenen und vernünftigen Vertragsgrundlage die Konkurrenzsituation der verschiedenen Standorte ausgeschlossen und eine gemeinsame Ansiedlungspolitik betrieben werden kann, ist das vorteilhaft für die wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region. Das dies möglich ist, wenn auf beiden Seiten entsprechender Einigungswille vorhanden ist, zeigt die Entwicklung des gemeinsamen Industrie- und Gewerbegebietes mit der Gemeinde Sülzetal. Hier wurde schnell und konstruktiv eine Einigung gefunden.

Es hat seit den 90iger Jahren immer wieder Versuche gegeben, zu einer Zusammenarbeit mit dem Technologiepark Ostfalen (TPO) zu kommen. Dabei wurden die Möglichkeiten einer Kooperation bis hin zu einem Beitritt zum Zweckverband diskutiert. Eine solche Zusammenarbeit wurde insbesondere auch vom Land Sachsen-Anhalt angestrebt, da sich die wirtschaftliche Situation des TPO als schwierig darstellte. So gab es erhebliche rechtliche und finanzielle Probleme mit dem zuständigen Wasser- und Abwasserverband, und dem Regierungspräsidium konnten nicht die erforderlichen Wirtschaftspläne vorgelegt werden.

Unter Federführung des damaligen Regierungspräsidiums sind bis 2003 nochmals Gespräche mit dem TPO geführt worden. Vor einer Kooperation oder gar einem Eintritt in den Zweckverband muss natürlich geklärt werden, welche Belastungen oder wirtschaftliche Risiken für Magdeburg damit verbunden sind. Dazu zählen z.B. die genannten Probleme mit dem Wasser- und Abwasserverband, Fragen der bilanziellen Grundstücksbewertung oder der Umlage der Unterhaltungskosten. Ein entsprechender Fragenkatalog wurde als Grundlage für eine sachgerechte Diskussion erstellt. Auf diese Fragen hat die Landeshauptstadt keine Antworten erhalten. Auch die Bemühungen des Regierungspräsidiums hier Klärung herbeizuführen waren nicht erfolgreich. Deshalb sind die Gespräche auch 2004 nicht weiter fortgesetzt worden.

Von einem vorliegenden Angebot des Zweckverbandes kann also keine Rede sein. Es wird nochmals beim TPO zu den erbetenen Informationen angefragt. Sollte jetzt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Seite des TPO gegeben sein, wird die Verwaltung kurzfristig die Gespräche wieder aufnehmen.

Dr. Puchta